

## LGU fordert Veränderung in der Energiepolitik

**VADUZ** Weniger ist mehr - so lässt sich die Position der LGU vereinfacht zusammenfassen. Im Gespräch mit dem «Volksblatt» erklärt LGU-Geschäftsführerin Andrea Matt, weshalb unter dem Strich ein Gewinn an Lebensqualität steht.

«Volksblatt»: Wo genau sieht die LGU den Handlungsbedarf?

**Andrea Matt:** Wir stellen fest, dass Energieverbrauch und Treibhausgasausstoss in den vergangenen Jahren gestiegen sind, obwohl es ein energiepolitisches Papier der Regierung gab und Massnahmen beschlossen wurden. Das sehen wir mit Sorge, und deshalb fordern wir eine Veränderung in der Energiepolitik.

Die Regierung beabsichtigt, bis zum Jahr 2020 das Kyoto-Protokoll um 20 Prozent zu unterbieten. Ist das überhaupt realistisch?

Wenn das die Regierung ernst nimmt, muss sie wirkungsvolle Massnahmen ergreifen. Bisher hat man sich vor diesen harten Massnahmen aber gescheut.

Wie sieht aus der Sicht der LGU die optimale Energieversorgung für Liechtenstein in Zukunft aus?

Wir können auf sehr viel Energie verzichten, ohne dass wir an Lebensqualität verlieren. Sich bewusst zu werden, dass zum Beispiel ein Umstieg vom Auto auf das Fahrrad bewirkt, länger und gesünder in besserer Luft zu leben, ist für mich ein Gewinn an Lebensqualität. Und ich denke, dass die Regierung solche Massnahmen fördern müsste und sie sollte aufzeigen, dass weniger an Energie letztendlich mehr Lebensqualität bedeutet.

Das hätte auch wirtschaftliche Auswirkungen. Schliessen sich Ökologie und Ökonomie also doch aus, oder gibt es Alternativen?

Energieverbrauch ist teuer. Wenn sich die Wirtschaft heute schon überlegt, wie sie mit möglichst wenig Energie und möglichst geringem Ressourcenverbrauch arbeiten kann, wenn sie darüber hinaus ihre Prozesse ständig optimiert und sich auf die Zukunft einstellt, wird die Wirtschaft am Ende gewinnen. (hf)

LGU-Geschäftsführerin Andrea Matt.



# LGU wirft Regierung Täuschung vor und präsentiert Forderungen

**Energiepolitik** Mit einem Positionspapier ist die LGU gestern vor die Medien getreten. Die Verantwortlichen fordern darin nichts geringeres als eine Wende in der Energiepolitik und werfen der Regierung vor, nicht alle Tatsachen richtig darzustellen.

VON HOLGER FRANKE

**G**leich zu Beginn der Pressekonferenz machte Andrea Matt, Geschäftsführerin der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz (LGU), gestern deutlich, worum es ihr geht: «Wir sehen Handlungsbedarf - eine Wende in der Energiepolitik ist nötig.» LGU-Vizepräsident Dirk Hengevoss doppelte später nach: «Die Bevölkerung wird getäuscht. Es ist der Eindruck entstanden, dass Liechtenstein ein grüner Staat ist - aber davon sind wir weit entfernt.» Die LGU sieht mit Sorge, dass trotz der in der Vergangenheit gesetzten Massnahmen sowohl der Energieverbrauch als auch der Treibhausgasausstoss gestiegen sind. «Diese Fakten verlangen eine Änderung der energiepolitischen Massnahmen hin zu einem System, das marktwirtschaftliche Prinzipien aufgreift und damit eine Verhaltensveränderung der Wirtschaft und der Bevölkerung bewirkt», argumentieren die Verantwortlichen. In einem Positionspapier hat die LGU neun Punkte ausgearbeitet, die aus ihrer Sicht deutliche stärkere Anstrengungen verlangen, als bisher.

**Mit kleinen Schritten zum Ziel**

Die LGU schlägt vor, für klimapolitische Schritte Jahresschritte zu definieren. Ergänzend zu den langfristig gesetzten Zielen könnte eine Steigerung von beispielsweise drei Prozent pro Jahr vorgegeben werden. Sollte ein Zwischenschritt nicht erreicht werden, seien zusätzliche, die Zielerreichung unterstützende Massnahmen zu treffen. Ein abstraktes, weiter entfernt liegendes und dazu noch völlig unverbindliches Ziel, wie es beispielsweise die Energieeffizienzsteigerung um 20



LGU-Vizepräsident Dirk Hengevoss und LGU-Geschäftsführerin Andrea Matt zeigen auf, wie weit Liechtenstein vom Wunsch in Sachen Energieverbrauch und CO<sub>2</sub>-Ausstoss von der Wirklichkeit entfernt ist. (Fotos: Paul Trummer)

Prozent in acht Jahren darstellt, sei kaum zu erreichen. «Es wird erst zu einem realistisch erreichbaren Ziel, wenn es in kleinere Schritte unterteilt und auch regelmässig überprüft wird», argumentiert die LGU. Zu den weiteren Forderungen gehören die Steigerung der Energieeffizienz sowie

**«Wir sind mit einem Papier der Regierung konfrontiert, das nicht alle Tatsachen richtig darstellt.»**

DIRK HENGEVOSS  
VIZEPRÄSIDENT LGU

die Senkung des Energieverbrauchs, deren Umfang in einem Energiekonzept konkret vorgegeben werden sollte. In dieser Hinsicht sollte die Regierung auch mehr für die Sensibilisierung der Bevölkerung tun. Ausserdem fordert die LGU, dass die Produktion erneuerbarer Energien im Inland nur dann zugelassen wird, wenn diese Energien auch ökologisch produziert werden, sie also unter dem Gütesiegel «naturemade star» verkauft werden dürfen.

**Umweltschutz als Wirtschaftsfaktor**

In ihrem Positionspapier geht die LGU aber noch weiter: So sollte künftig eine vollständige CO<sub>2</sub>-Reduktion im Inland umgesetzt werden, da Klimaschutzmassnahmen

betriebs- und volkswirtschaftliche Gewinne mit sich brächten. Energiepolitische Massnahmen sollten marktwirtschaftliche Prinzipien, zum Beispiel das Verursacherprinzip, aufgreifen. Wer sich umweltfreundlich verhält, soll dafür belohnt werden. Wer auf ein umweltschädliches Verhalten setzt, soll auch sämtliche Kosten dafür übernehmen.

Lob erhalten die Gemeinden von der LGU: Sieben der elf Gemeinden Liechtensteins sind bereits Energiestädte. «Sie bekennen sich damit zu einer nachhaltigen Energiepolitik und setzen auf einen bewussten Umgang mit der Umwelt.» Die vier anderen Gemeinden streben ebenfalls

das Label «Energiestadt» an. «Damit ist der Weg frei für den ersten Staat, in dem sich alle Gemeinden im Programm Energiestadt erfolgreich engagieren.» Dies sei eine Chance für Liechtenstein. Das Land könnte eine Vorreiterrolle für eine innovative Energiepolitik einnehmen. «Daraus ergibt sich ein Imagegewinn und Vorteile fürs Standortmarketing», halten die Verantwortlichen der LGU fest. Zu den weiteren Forderungen der LGU gehören die ökologische Ausgestaltung der Motorfahrzeugsteuer, die Umgestaltung des Preismodells beim Energiebezug, die Sparsamkeit belohnen sollte, sowie die Förderung von Plus-Energiehäusern.

## NEUN SCHWERPUNKTE IM POSITIONSPAPIER

### Die LGU stellt folgende Forderungen:

- Energieeffizienz steigern und Energieverbrauch senken
- Erneuerbare Energien ökologisch produzieren
- Treibhausgas-Ausstoss im Inland reduzieren
- Langfristige Ziele verbindlich vorgeben und in kleinere Schritte aufteilen
- Bei konkreten Massnahmen marktwirtschaftliche Prinzipien aufnehmen
- Als Energiestaat Liechtenstein nachhaltig handeln
- Motorfahrzeugsteuer ökologisch ausgestalten
- Preismodell beim Energiebezug ändern
- Plus-Energie-Häuser fördern